

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 12. Juni 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juni 2023)

zum Thema:

Wallfahrtsort Brüssel

und **Antwort** vom 29. Juni 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Juni 2023)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei –

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/15789
vom 12. Juni 2023

über Wallfahrtsort Brüssel

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Die Landesarbeitsgemeinschaft der EU-Beauftragten der Berliner Bezirke (LAG) fährt laut eigener Beschreibung einmal im Jahr nach Brüssel, um sich „über die neusten europapolitischen Entwicklungen zu informieren und Kontakte zu knüpfen oder zu pflegen“¹.

1. In welchen Zeiträumen ist die LAG mit jeweils wie vielen Teilnehmern in den nachfolgend genannten Jahren nach Brüssel gereist?

- a) 2018
- b) 2019
- c) 2020

¹ Vgl. <https://www.berlin.de/lag/europabeauftragte/>

- d) 2021
- e) 2022
- f) 2023

Zu 1.: Die LAG führte in den Jahren keine eigenen Reisen nach Brüssel durch. Einzelne EU-Beauftragte der Bezirke nahmen jedoch an dem jährlich in Brüssel stattfindenden zweitägigen gemeinsamen europapolitischen Seminar der Länder Berlin und Brandenburg teil. Im Jahr 2020 fand dieses als Videokonferenz statt. In den Jahren 2021 und 2022 wurde es im hybriden Format durchgeführt.

2. Gab es in den jeweiligen Jahren Reiseteilnehmer, bei denen es sich nicht um EU-Beauftragte der Berliner Bezirke handelte?

- a) Falls ja, wer reiste in welcher Funktion zusätzlich mit?
- b) Falls ja, wer zahlte für die zusätzlichen Reiseteilnehmer jeweils?

Zu 2.: An dem gemeinsamen europapolitischen Seminar der Länder Berlin und Brandenburg nimmt neben EU-Beauftragten der Berliner Bezirke regelmäßig auch mit EU-Politik befasstes Personal der Senatsverwaltungen des Landes Berlin und der Kommunen und Ministerien des Landes Brandenburg teil.

3. Mit welchem Verkehrsmittel ist die LAG in den jeweiligen Jahren nach Brüssel gereist?

Zu 3.: Die Wahl der Verkehrsmittel erfolgt individuell gemäß Bundesreisekostengesetz in Verbindung mit § 77 Landesbeamtengesetz.

4. Was haben die Reisen jeweils insgesamt gekostet?

5. Welche Teilsummen sind jeweils für welche Kostenpunkte im Rahmen der Brüssel-Reisen angefallen?

Zu 4. und 5.: Die Abrechnung der Dienstreisen erfolgt individuell in den jeweiligen Senats- bzw. Bezirksverwaltungen. Eine Aufschlüsselung der Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer liegt nicht vor.

6. Wie wurden die Reisen jeweils finanziert? (Haushaltstitel)

Zu 6.: Sofern es sich um eine Teilnahme in Präsenz in Brüssel handelte, wurden die entstandenen Kosten gemäß den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes aus den jeweiligen Dienstreisekostentiteln der einzelnen Verwaltungen erstattet.

7. Was waren die inhaltlichen Schwerpunkte der Reisen in den jeweiligen Jahren?

Zu 7.: Es werden jährlich aktuelle EU-Themen behandelt.

Dies waren zum Beispiel:

2018:

- Einbindung der kommunalen und regionalen Ebenen in eine europäische Kreislaufwirtschaft
- Stand der Umsetzung des Digitalen Binnenmarkts
- Kohäsionspolitik nach 2020

2019:

- Einbindung von Kooperationsmaßnahmen in die EFRE-OPs oder über die Makroregionalen Strategien
- ERASMUS+ 2021-2027
- Die Integrations- und Flüchtlingspolitik der EU im globalen Kontext

2020:

- Einführung in die Funktionsweise der EU-Institutionen, aktuelle Herausforderungen, Arbeitsprogramm
- Green Deal
- Renovierungswelle

2021:

- Die Aufbau- und Resilienzfazilität als Herzstück von NextGenerationEU
- Reform der Agrarpolitik
- Kohäsionspolitik, Just Transition Fund und REACT-EU

2022:

- EU-Haushalt in Krisenzeiten
- Energiepolitik der EU
- Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine

8. Mit wem haben sich die Mitglieder der LAG in den jeweiligen Jahren zu welchem Zweck in Brüssel getroffen?

Zu 8.: Zusätzlich zu dem in der Antwort zu Frage Nr. 2 genannten Personenkreis nehmen an dem Seminar verschiedenste Referentinnen und Referenten aus den unterschiedlichsten Generaldirektionen teil.

9. Welche Kontakte wurden jeweils geknüpft und welche Kooperationen sind entstanden?

10. Welche konkreten Mehrwerte für Berlin sind aus den Brüssel-Reisen jeweils hervorgegangen?

Zu 9. und 10.: Das jährlich stattfindende gemeinsame europapolitische Seminar der Länder Berlin und Brandenburg dient der Fortbildung und der Vertiefung der jeweils aktuellen Fachthemen und dem Ausbau der fachlichen Kontakte zwischen den

Brandenburger Behörden, den Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen sowie den EU-Institutionen.

Durch die Anwesenheit vor Ort bzw. die digitale Teilnahme sind zu den jeweiligen behandelten Themen direkte Nachfragen und Gespräche mit dem Personal der EU-Institutionen möglich. Über die dadurch entstandenen Kooperationen führt der Senat keine Statistik.

Berlin, den 29. Juni 2023

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei